

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

## Reiner Hoffmann neuer DGB-Vorsitzender

**Stephan Mayer**  
CDU/CSU-Fraktion  
Den öffentlichen Dienst  
demografiefest machen

**Demografiestrategie**  
Zwölf Projekte  
und eine Frage

**Arbeitsschutz**  
Handlungshilfe zur  
Gefährdungsbeurteilung  
psychischer Belastung

Ausgabe 06 13.06.2014  
www.beamten-magazin.de





## Für mich die Einzige

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel den B-Tarif für Bankleistungen. Außerdem betreiben wir eine konsequente Mitglieder-Mehrwert-Politik®. Als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst 1921 gegründet, verfolgen wir bis heute erfolgreich nur ein Ziel: Nutzen stiften für die Gemeinschaft unserer Mitglieder und Kunden. Mit **Direktbank** und wachsendem **Filialnetz** sind wir bundesweit für Sie da.

### Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)  
oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst



## INHALT

**Titel**

20. Parlament der Arbeit  
Reiner Hoffmann neuer DGB-Vorsitzender 4

**Aus dem Bund** 7

**Gastbeitrag**

Von Stephan Mayer, innenpolitischer  
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 9

**Aus den Ländern** 10

**Aus den Gewerkschaften**

Schöneberger Forum 2014 –  
Vorstellung des Programms 15

**Service**

Sonderurlaub: Anlässe für die Bewilligung 17

**Vermischtes** 18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Alexander Haas, Lisa Kranz, Henriette Schwarz  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte,  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573,  
infoservice@beamten-informationen.de,  
www.beamten-magazin.de  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titelbild: DGB/Simone M. Neumann  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 21. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Elke Hannack**

Stellvertretende  
Vorsitzende des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes

Liebe Leserin, lieber Leser,

vom 20. Parlament der Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist ein klares Signal ausgegangen: Die deutschen Gewerkschaften bringen sich erfolgreich bei der Gestaltung der Beschäftigungsbedingungen ein. Der gesetzliche Mindestlohn und die Rente nach 45 Beitragsjahren – die so genannte Rente mit 63 – stehen dabei deutlich sichtbar auf der Habenseite. Auch die inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Bundesbeamtinnen und -beamten ist ein gewerkschaftlicher Erfolg und hat hoffentlich auch eine nicht nur mahnende Wirkung auf die kommende Einkommensrunde für die Länder (und damit auch die kommunalen Beamten).

Es bestehen aber nach wie vor Herausforderungen: Die Bundesregierung führt in Kooperation mit den Ländern, den kommunalen und gewerkschaftlichen Spitzenverbänden ihre Demografiestrategie fort. Die öffentliche Hand als Arbeitgeber und Dienstherr strebt dabei eine Flexibilisierung der Arbeitszeit an. Arbeitszeitkonten, Sabbatjahre und flexible Ausstiege können einen Beitrag leisten, das Ende des Arbeitslebens gesund erreichen zu können. Die Initiative findet daher grundsätzlich auch gewerkschaftliche Unterstützung, weil die Wirkung der „Rente/Pension mit 67“ damit wieder abgedeckt werden kann. Für Flexibilisierung bedarf es aber auch ausreichenden Raums: Mit 41 Stunden Wochenarbeitszeit wird das schwierig. Zur Arbeitsgruppe, die sich mit dem öffentlichen Dienst befasst, berichten wir auf Seite 7.

Fortgesetzt wird in diesem Heft eine von mir angestoßene Debatte zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer führt seine Meinung auf Seite 9 aus.

Der Titel des vorliegenden Heftes berichtet vom DGB-Bundeskongress, von dem ein Signal der Geschlossenheit ausging: Wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus.

Mit freundlichen Grüßen



# 20. Parlament der Arbeit

## Reiner Hoffmann neuer DGB-Vorsitzender

Vom 11. bis zum 16. Mai 2014 fand in Berlin der 20. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Über 200 Anträge wurden beraten. 400 Delegierte der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB fassten zahlreiche Beschlüsse und wählten einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand mit einem neuen Vorsitzenden. Reiner Hoffmann folgt Michael Sommer nach, der nach 12 Jahren an der DGB-Spitze nicht mehr kandidierte. Das Magazin für Beamtinnen und Beamte stellt die Mitglieder des jetzt vierköpfigen Vorstandes vor und berichtet über den beschlossenen Antrag für Gute Arbeit im öffentlichen Dienst.

### Neue Ordnung der Arbeit

„Hat jemand die Anträge gezählt, die seit der Gründung 1949 [...] von diesem Gremium formuliert worden sind? Oder die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Eingang in die Gesetzblätter fanden? Ich weiß es nicht, aber ich bin sicher: Es waren viele und sie haben das Leben sehr vieler Menschen in unserem Land ganz konkret verändert.“ Diese Worte wählte Bundespräsident Joachim Gauck zu Beginn seiner Rede am Eröffnungstag des 20. Parlaments der Arbeit und stellte in seiner Rückschau auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung sehr plastisch die Bedeutung gewerkschaftlichen Handelns heraus. Besonders eindringlich ging er auf die Herausforderung ein, den Wert der Arbeit und die Würde des Menschen im Zeitalter der Globalisierung und angesichts einer so hohen Zahl international verknüpfter

Produktionsketten mehr denn je auch über Grenzen hinweg zu verteidigen. Die zukünftigen Herausforderungen, denen die Gewerkschaften gegenüber stehen, machten auch die vier Kandidatinnen und Kandidaten für den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) zum Kern ihrer Vorstellungsrunde. Reiner Hoffmann erläuterte, die Umsetzung des Mindestlohns und eine wirksame Kontrolle seiner Einhaltung, sei nur ein erster Schritt in Richtung Neuordnung der Arbeit. „Wir brauchen eine Stärkung der Tarifautonomie; denn es ist unsere zentrale Kompetenz, mit dem Mittel der Tarifverträge für Gute Arbeit, für vernünftige Arbeitsbedingungen, für vernünftige Entlohnungen, für vernünftige Arbeitszeiten zu sorgen“, so Hoffmann. Zudem

Die Beschlüsse, Reden und Fotos des 20. OBK stehen online unter [www.bundeskongress.de](http://www.bundeskongress.de) zur Verfügung. Der beschlossene Antrag zum öffentlichen Dienst trägt die Nummer F 001\_1056.

müssten die Mitbestimmungsmöglichkeiten sowohl im Betriebsrat als auch auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung ausgebaut werden.

### Gute Arbeit im öffentlichen Dienst

Dass auch im öffentlichen Dienst – dem vermeintlichen Vorzeigearbeitgeber – einiges im Argen liegt und für die Gewerkschaften ausreichend Arbeitsaufträge auf dem Tisch liegen, machte Elke Hannack deutlich: „Ich weiß, [...] dass nicht wenige denken: Im öffentlichen Dienst ist eigentlich alles in Ordnung; da gibt es die sichersten Beschäftigungsverhältnisse. Ich will Euch kurz erzählen, wie die Realität aussieht. Wir hatten in keinem anderen Bereich, in keiner Branche einen derartigen Personalabbau wie im öffentlichen Dienst in den letzten 15 Jahren. Wir haben eine Arbeitsverdichtung, die dazu führt, dass die Krankheitsquoten im öffentlichen Dienst rapide zunehmen. Wir haben im öffentlichen Dienst, Kolleginnen und Kollegen, die höchste Befristungsquote überhaupt.“ Hannack kündigte an, der DGB werde seine Funktion als Spitzenorganisation für die Beamtinnen und Beamten in den nächsten vier Jahren schärfen und sich zugleich um die Entwicklung des gesamten öffentlichen Dienstes kümmern. Gute Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sei ein entscheidender Faktor für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der öffentlichen Hand. Diese könne ihre Rolle als Gestalterin nur ausfüllen, wenn ausreichend Mittel für Bildung, für soziale und technische Infrastruktur und Sicherheit bereitgestellt

werden. Deshalb sei es dringend erforderlich, die Einnahmen der öffentlichen Hand zu erhöhen. Sie stellte klar, der öffentliche Dienst bleibe nur mit ausreichenden finanziellen Ressourcen handlungsfähig. Die Delegierten des 20. Ordentlichen Bundeskongresses haben den Antrag „Den öffentlichen Dienst als demokratischen und sozialen Gestalter stärken: Gute Arbeit im öffentlichen Dienst durch ein modernes Dienstrecht“ einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

### Öffentlichen Dienst zukunftsfest machen

Eine gute Qualität frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung sowie unabhängige Forschung und Lehre in Hochschulen müssen ebenso Element des öffentlichen Dienstes sein wie die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Gefahren durch das Gesundheitswesen, das Veterinärwesen und die Kontrolle von Lebensmitteln ist genauso wichtig wie eine funktionierende Finanzverwaltung, die einen gerechten und

### Die Mitglieder des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

Stefan Körzell, die stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack, der Vorsitzende Reiner Hoffmann und Annelie Buntenbach (von links).

#### Reiner Hoffmann

Der 58-Jährige wurde mit 93,1 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden des DGB gewählt. Dem GBV gehört er seit Oktober 2013 an. Bisher war er u.a. Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes und vor seiner Wahl in den GBV Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein.

#### Elke Hannack

Die 52-Jährige wurde mit 88 Prozent der Stimmen in ihrem Amt als stellvertretende DGB-Vorsitzende bestätigt. Diese Aufgabe nimmt sie seit 2013 wahr. Davor war sie Mitglied im ver.di-Bundesvorstand.



### Vorstandsbereich

#### Annelie Buntenbach

Die 59-Jährige ist seit 2006 Mitglied des GBV und wurde mit 88,6 Prozent wieder gewählt. Buntenbachs Vorstandsbereich umfasst u.a. die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

#### Stefan Körzell

Seit 2002 ist er Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Jetzt ist Körzell der Neuling und mit 51 Jahren zugleich das jüngste Mitglied im GBV. Er erhielt 80,9 Prozent der Stimmen und wird u.a. für Wirtschafts-, Finanz-, und Steuerpolitik zuständig sein.



# TITEL

den geltenden Gesetzen entsprechenden Steuervollzug gewährleistet. Ein öffentlicher Dienst, der rechtlichen Schutz gewährleistet und der Aufgaben der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe koordiniert beziehungsweise auch selbst wahrnimmt ist unverzichtbar. Ohne die zahlreichen öffentlichen Dienstleistungen wäre das Leben der Bürgerinnen und Bürger ein schlechteres und auch eine funktionsfähige Wirtschaft ist ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst überhaupt nicht denkbar. Deshalb gilt es den öffentlichen Dienst zu stärken und sich für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einzusetzen.

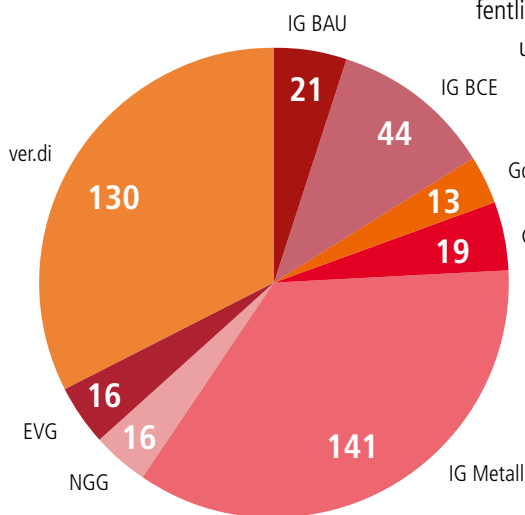
Im beschlossenen Antrag heißt es unter anderem: „Der DGB und seine Gewerkschaften fordern ein grundlegendes Um-

denken und eine andere Politik für den öffentlichen Dienst. Schuldenabbau und Steuersenkungen haben viele Kommunen und Länder an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gebracht. Die GdP, die Gewerkschaften, die ohne weitere sozial gerechte Steuererhöhungen eingehalten werden sollen, werden die Knappheit der öffentlichen Finanzen noch verstärken. Die Politik des Sparens und Kürzens ging zu Las-

ten eines leistungsfähigen und bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Personalabbau führt jedoch trotz aller Anstrengungen, den öffentlichen Dienst zu modernisieren, zu Leistungskürzungen für die Bürgerinnen und Bürger. Ihre Kritik an mangelnden Leistungen des öffentlichen Dienstes trifft die Beschäftigten, überträgt sich auf den Staat und mündet in Politikverdrossenheit. Zudem finden diejenigen Unterstützung, die einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen das Wort reden und diese auch betreiben.“

## Die Baustellen

Die Vorschläge des DGB befassen sich zum Beispiel mit den Themen Besoldung, Dienst- und Laufbahnrecht aber auch mit dem Personalbedarf. Rund 1,5 Millionen der 4,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden diesen bis 2028 auf Grund des Erreichens der Regelaltersgrenze verlassen. Angesichts dessen bedarf es einer unmittelbaren Einstellungsoffensive. Daneben gibt es zahlreiche Stellschrauben im Dienstrecht, an denen gedreht werden sollte. So gilt es die Mitbestimmungslücken im öffentlichen Dienst zu schließen und die Informations- und Beschwerderechte der Beschäftigten sowie die Arbeitsfähigkeit der Personalräte zu verbessern. Die Ungleichbehandlung der Beschäftigten in der Folge der Föderalisierung des Beamtenrechts muss beendet werden. Innerhalb weniger Jahre hat sich ein Flickenteppich aus dienstrechtlichen Regelungen gebildet und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten unterscheidet sich von Dienstherr zu Dienstherr bereits um bis zu 15 Prozent. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich deshalb dafür ein, dass gleiche Arbeit in Zukunft wieder gleich bezahlt wird.



Die Delegierten nach Gewerkschaften

Abbildung: DGB



**DGB**

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



Bund

**Tarifrunde abgeschlossen, Besoldungsrunde auf Zielgerade**

Die Redaktionsverhandlungen zur Umsetzung der Tarifeinigung zwischen ver.di und dem Bund sowie der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände konnten am 20. Mai dieses Jahres abgeschlossen werden. Damit stehen die ge-einten Tarifvertragstexte fest und die Tarifrunde ist abgeschlossen.

Noch nicht ganz soweit ist es bei der Besoldungsrunde Bund: Nach erfolgtem Beteiligungsgespräch am 14. Mai hat das Bundeskabinett den vom Bundesmi-nisterium des Innern vorgelegten Gesetzentwurf eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2014/2015 beschlossen. Mit dem Abschluss des nun folgenden Gesetzgebungsverfahrens ist vor der Sommerpause zu rech-nen. Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern werden die erhöhten Bezüge auf Grund technischer Umstellungen jedoch voraussichtlich erst zum Oktober 2014 gezahlt.

OKTOBER 2014

Foto: iStockphoto.de/Pejo29

Bund

**Rente mit 63: Jetzt im Beamtenrecht nachsteuern!**

Am 23. Mai 2014 hat der Bundestag das Ge-setz über Leistungsverbesserungen in der ge-setzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungs-verbesserungsgesetz) verabschiedet. Der DGB fordert die Verbesserungen nun zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen zu übertra-gen. Einschnitte in der gesetzlichen Renten-versicherung wurden seit den 1990er Jahren immer auf die Beamtenversorgung übertra-gen. Dass BeamtInnen dagegen von Verbesse-rungen in der Alterssicherung ausgeschlossen werden, lässt sich nach Ansicht des DGB nicht begründen. Auch BeamtInnen haben nach 45 Jahren im Arbeitsleben einen besonderen Bei-trag für die Gesellschaft geleistet. Diesen gilt es zu würdigen.

Auf Grund der beschlossenen Änderungen im Rentenrecht können Versicherte unter an-derem mit 45 Beitragsjahren bereits mit Vollen-dung des 63. Lebensjahres abschlagsfrei in Rente gehen. Schrittweise wird die Altersgren-ze auf 65 angehoben. Diese Übergangsre-gelung gilt für die Jahrgänge 1952 und älter bis zum Jahrgang 1964. Außerdem werden die anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder von derzeit 12 auf 24 Monate erhöht. Eine weitere Änderung be-

trifft die Zurechnungszeit bei der Erwerbsmin-derungsrente. Zukünftig werden Betroffene so gestellt, als hätten sie bis zum vollendeten 62. Lebensjahr – und damit zwei Jahre länger als bisher – gearbeitet. Das Gesetz tritt am 1. Juli 2014 in Kraft.

**Verhandlungs-Stopp bei Zusatzver-sorgung des öffentlichen Dienstes**

Seit Anfang dieses Jahres verhandeln die Ge-werkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Arbeitgeberseite von Bund, Ländern und Kommunen die Tarifverträge für die betriebliche Altersversorgung der Tarifbeschäftigten (VBL bzw. ZVK). Das Betriebsrentenmodell für den öffentlichen Dienst wurde 2001 grundlegend reformiert, um es mit einem Punktemodell zukunftsfest zu machen. Jetzt fordert die Ar-beitgeberseite Leistungskürzungen. Als Gründe führt sie die steigende Lebenserwartung und gesunkene Kapitalmarktzinsen an. Das Anliegen der Gewerkschaften wiederum ist eine sichere Ausschüttungsregel für Bonus-punkte und die Dynamisierung der Startgut-schriften. Während den Verhandlungen kris-tallisierte sich zunehmend heraus, dass die wirtschaftliche Situation der Zusatzversor-gungskassen keine Leistungsverschlechterun-gen rechtfertigen würde. Vielmehr scheint es den öffentlichen Arbeitgebern um reine Spar-politik zu gehen. Auf das Angebot der Gewerk-

schaften, bei möglichen finanziellen Proble-men einzelner Versorgungskassen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, ließ sich die Arbeit-geberseite nicht ein und brach die Verhand-lungsrunde am 21. Mai ab. Sie drohte zuvor mit der Kündigung der entsprechenden Tarif-verträge und fordert nun ein Spitzengespräch.

**Zwölf Demografieprojekte und eine Frage**

Am 27. Mai wurde im Berliner Bundeshaus der Demografiedialog der Bundesregierung in der Arbeitsgruppe für den öffentlichen Dienst fortgesetzt. Die VertreterInnen der Bundesmi-nisterien, zweier Länder, kommunaler und ge-werkschaftlicher Spitzenverbände diskutierten den Stand von zwölf Projekten. Diese reichen von der Personalbedarfsanalyse in allen Res-sorts über mobiles Arbeiten bis zu Langzeitar-beitszeitkonten.

» WIR HALTEN DIE  
VERNINGERUNG DER WOCHEN-  
ARBEITSZEIT WEITER AUF DER  
TAGESORDNUNG«

Für den DGB stellte Abteilungsleiter Dr. Kars-ten Schneider klar, eine Flexibilisierung mittels Arbeitszeitkonten setze voraus, dass überhaupt ein Raum für Ansparungen bestehe. „Wir hal-

ten die Verringerung der Wochenarbeitszeit weiter auf der Tagesordnung“, so Schneider. ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp mahnte, Flexibilität müsse für beide Phasen gelten: „Wer Leute individuell ansparen lässt muss sie auch individuell über die Inanspruchnahme entscheiden lassen.“

Er warnte zudem vor dem Scheitern solcher Flexibilisierungsbemühungen. Es müssten kollektive Mechanismen geschaffen werden, die den Arbeitsausfall kompensieren, wenn KollegInnen ihr Arbeitszeitguthaben in Anspruch nehmen.

Auch der Arbeits-

gruppenvorsitzende Paul Johannes Fietz, Leiter der Abteilung „Öffentlicher Dienst“ im Bundesinnenministerium, erkannte diese Frage als zentral an. Er verwies darauf, dass es oftmals Mittel für die Vertretungen von Beschäftigten in Freistellungsphasen gebe. Diese könnten indes nur befristet eingestellt werden. Eine Praxis, die auch für den DGB nicht hinnehmbar ist. Ob ein Wechsel in der Stellenpolitik erreicht werden kann, bleibt demnach die eine zentrale Frage für den Erfolg der Demografiestrategie für den öffentlichen Dienst. Die Sitzung brachte für einige Projekte bereits Zwischenergebnisse hervor. So wurde das Eckpunktepapier zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Bundesverwaltung angenommen. Es ist zwar als Empfehlung nicht verbindlich. Als ein zwischen allen Bundesressorts abgestimmtes Papier stellt es aber eine starke politische Messlatte dar. In die Erstellung hatte sich auch der DGB intensiv eingebracht. Dabei konnte die Mitbestimmung

als unverzichtbare Voraussetzung für ein gelingendes Gesundheitsmanagement weiter in den Vordergrund gerückt werden. Auch verhältnisorientierte Maßnahmen, die an krankmachenden Arbeitsstrukturen und Abläufen ansetzen, werden nun stärker betont.

Bahn

## Erfolg für Europäischen Betriebsrat der DB AG

Der Europäische Betriebsrat (EBR) der Deutschen Bahn AG konnte sich erfolgreich beim Thema Shared Service Center gegen den Konzernvorstand durchsetzen. Dieser beschloss die europaweite Verlagerung der Buchhaltung nach Rumänien. Zwar steht dem EBR DB AG gegen diese unternehmerische Entscheidung keine rechtliche Handhabe zur Verfügung, doch konnte er für die betroffenen Beschäftigten die Vereinbarung sozialer Mindeststandards durchsetzen.

Foto: fotolia.de/Biggit Reitz-Hofmann



Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei  
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit  
für meine  
Liebsten

die  
eigenen  
vier  
Wände



## Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98-0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

anders als andere

Debeka



Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag:

## „Deutschland stärken“ – den Öffentlichen Dienst des Bundes demographiefest machen

Aus diesem Bekenntnis folgt auch der klare Handlungsauftrag, die Attraktivität und Leistungsstärke des öffentlichen Dienstes zu erhalten und nach Möglichkeit zu steigern. Dabei wird es auch weiterhin auf einen gelungenen Dreiklang aus Gehalt, Versorgungsleistungen und den sonstigen Beschäftigungsbedingungen ankommen. Alleine beim Gehalt wird der Arbeitsgeber Bund selten mit dem öffentlichen Sektor konkurrieren können. Nicht zuletzt deshalb gilt es, das Versorgungsniveau weiterhin attraktiv auszugestalten und die hohe Arbeitsplatzsicherheit und Familienfreundlichkeit des „Arbeitgebers Bund“ herauszustellen.

Der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst ist ein positives Signal und ein erfreulicher Beitrag zur Gewinnung der notwendigen Fachkräfte. Mit der anstehenden Übernahme des Tarifabschlusses für den Bund und Kommunen auf den Bereich der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger wird die unionsgeführte Bundesregierung wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode, die Einheit des öffentlichen Dienstes steigern, wobei es wiederum zu einem Beitrag für die Sicherung der Versorgung kommen wird.

Im Bereich der Beamtenversorgung wird es auch in Zukunft gelten, mit einer verlässlichen Politik dem Lebenszeitprinzip konsequent Geltung zu verschaffen. Nur, wenn junge Beamten, die sich heute für den Bundesdienst entscheiden, wissen, dass sie sich auf eine angemessene Versorgung im Alter verlassen können, werden sie nicht den Weg in die Wirtschaft wählen, die kompetenten Fachkräften stets eine bessere Bezahlung bieten kann. Deshalb trägt das Versorgungsversprechen erheblich zu Fachkräftesicherung bei.

Aber auch „weiche“ Faktoren machen den Staatsdienst auch in Zeiten der demographischen Herausforderung attraktiv. Das gilt für die Beihilfe ebenso wie für die Beendigung der pauschalen Stellenkürzung, die die CDU/CSU in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt hat. Die Zahl des Bundesbeamten ist heute für Gesamtdeutschland geringer als in der ehemalige Bundesrepublik vor 1990. Die Familienfreundlichkeit des öffentlichen Dienstes wird in Zukunft eine noch stärkere Rolle spielen. Nicht zuletzt deshalb enthält der Koalitionsvertrag die Aufgaben der Weiterentwicklung der Möglichkeiten des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes, die flexiblere Gestaltung der Elternzeit und die Reform des Mutterschutzgesetzes. Die hohe Arbeitsplatzsicherheit und die attraktiven Familienleistungen wer-

Deutschland profitiert in hohem Maße vom seinem verlässlichen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Das gilt für den Bereich der Beamten, Soldaten, Richter des Bundes genauso wie für den tariflichen Bereich. Deshalb ist es auch nur konsequent, dass der neue Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ein klares Bekenntnis zum deutschen Berufsbeamtentum und zu einem starken öffentlichen Dienst enthält.

den auch in Zukunft ein Plus in Sachen Familienfreundlichkeit sein. Um die Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Institutionen langfristig zu sichern, muss ein attraktiver, leistungsfähiger und demografie-fester öffentlicher Dienst unsere Ziel bleiben. Eine wichtige Säule hierfür ist die Sicherung des Berufsbeamtentums. Dessen grundlegenden Prinzipien wie dem Alimentationsgrundsatz und dem Streikverbot, ist es zu verdanken, dass sich unsere Gesellschaft auf eine zuverlässige, beständige und korruptionsfreie Verwaltung stützen kann. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sollten wir unbedingt an den Errungenschaften des Berufsbeamtentums festhalten und dessen Einzigartigkeit weiterhin sicherstellen. Die Zweite Säule sind die Tarifangestellten, die einen unverzichtbaren Anteil daran haben, dass gerade die Dienstleistungen des Staates für den Bürger sich stetig verbessern und den guten Ruf des Staates als verlässlicher Partner im Dienste des Bürger weiterhin ein Pfund ist, mit dem wir in Deutschland wuchern können und auch sollten.

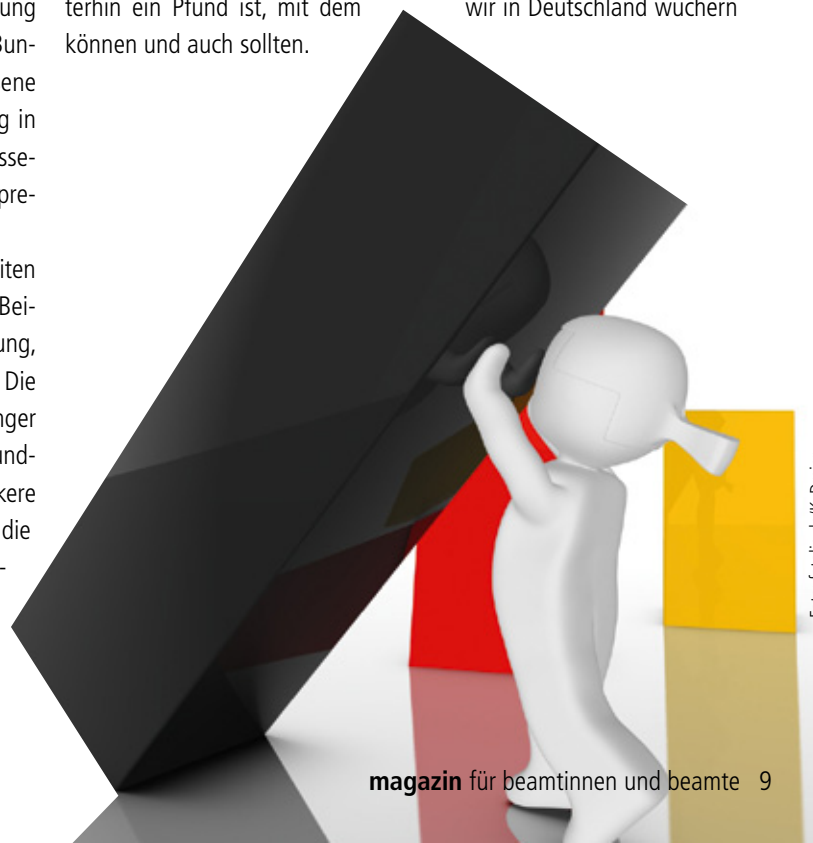


Foto: fotolia.de/K. Dreier

## Baden-Württemberg

### Vor den Sommerferien: Neue Urlaubsregelungen

Die tarifvertragliche Urlaubsregelung des TVöD, die ältere ArbeitnehmerInnen ohne sachlichen Grund besser stellte als die jungen KollegInnen, wurde im März 2012 vom Bundesarbeitsgericht als altersdiskriminierend bewertet (Urteil v. 20.3.2012 – Az. 9 AZR 529/10). Dieses Urteil, das auf Grund vergleichbarer



Rechtslagen auch für die BeamtInnen in Bund, den Ländern und Kommunen interessant war, führt nun in Baden-Württemberg zu einer Novellierung der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung. Zwar steht allen BeamtInnen des Landes bereits ein Erholungsurlaubsanspruch von 30 Tagen zu, die entsprechende Änderung der Verordnung blieb jedoch bislang aus. Dies soll nun nachgeholt werden. Der DGB begrüßt in seiner Stellungnahme den Nachvollzug, kritisiert jedoch die ebenfalls im Verordnungsentwurf vorgesehene Verkürzung der Urlaubsver-

fallsregelung in Fällen der Dienstunfähigkeit infolge Krankheit: Bislang konnte nicht genommener Urlaub nach Wiederaufnahme des Dienstes im laufenden oder darauf folgenden Jahr genommen werden. Künftig soll dies nur noch bis zum 31. März des nächsten Jahres möglich sein.

## Bayern

### GdP „erinnert“ an ältere KollegInnen

Die GdP Bayern mahnt gegenüber dem Dienstherrn an, ältere KollegInnen der zweiten Qualifikationsebene nicht zu vergessen und gerecht zu behandeln. Die Leistungsbewertung sei richtig, doch bewähren sich insbesondere die Dienstälteren seit Jahren, so die Gewerkschaft der Polizei. Dies müsse bei der Frage des beruflichen Fortkommens berücksichtigt werden. Aus diesem Grund fordert die GdP Sofortmaßnahmen und zusätzliche Beförderungsstellen, um auch langzeitwartenden Polizei- sowie KriminalhauptmeisterInnen eine Perspektive bieten zu können.

## Berlin

### Mehr Personal?

Der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg legt bei den Aktionen gegen Personalabbau im Berliner öffentlichen Dienst nach und sieht erste Erfolge. „Wie es scheint, zeigt der stete Tropfen inzwischen Wirkung“, so die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Als „ermutigendes Zeichen“ sehen es DGB und Gewerkschaften an, dass der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß die bislang festgeschriebene Obergrenze von 100.00 Vollzeitstellen kippen will, denn eine wachsende Stadt brauche mehr öffentliche Beschäftigte zur Aufgabenerfüllung. Zinkes Forderung: „Der Vollzug der Personalabbaukonzepte muss gestoppt werden.“ Die negativen Auswirkungen der Personalabbaupolitik für die Beschäftigten, die BürgerInnen und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Berlin hatten zuletzt Bezirkspersonalräte in einem Offenen Brief an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses deutlich gemacht. Der DGB fordert deshalb auch, dass offene Stellen unbefristet wiederbesetzt werden.

## Brandenburg

### Warnparka im Polizeidienst

Auf Initiative der Gewerkschaft der Polizei stellte der Polizei-Hauptpersonalrat beim Innenministerium im März den Antrag, die operativen Kräfte der Polizei aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen, im Rahmen der bereits erfolgten Gefährdungsbeurteilung des Wach- und Wechseldienstes, zukünftig mit einem Warnparka auszustatten. Diesem Antrag stimmte das brandenburgische Innenministerium des Landes jetzt grundsätzlich zu. 400 vorrätige Parka sollen vorrangig an die Beschäftigten des Wach- und Wechseldienstes ausgeliefert werden. 2015 könnten dann weitere Warnparka beschafft werden. Voraussetzung dafür seien allerdings verfügbare Haushaltsmittel für diese Sicherheitsausrüstung, so das Innenministerium.

## Bremen

### BeamtInnen verklagen Hansestadt

Die Besoldungspolitik Bremens hat nun ein gerichtliches Nachspiel. Sieben BeamtInnen haben Musterklagen beim zuständigen Verwaltungsgericht eingereicht. Rechtlich geklärt werden soll, ob die Besoldung der Hansestadt noch den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht. Ausgangspunkt der Rechtsstreitigkeiten stellt die Tarif- und Besoldungsrunde 2013/2014 dar. Damals hat die rot-grüne Landesregierung beschlossen, das Tarifergebnis



Drei der Bremischen MusterklägerInnen mit LandesbeamtInnenkommission. Foto: GPR Bremen

nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Besoldung zu übertragen. Stattdessen wurden die prozentualen Erhöhungen bei den BeamtInnen bis Besoldungsgruppe A10 sowohl 2013 (+ 2,65 Prozent) als auch 2014 (+ 2,95 Prozent) um mehrere Monate auf jeweils den 1. Juli verschoben. Die Grundgehälter der Besoldungsgruppen A11 und A12 wurden jeweils um ein Prozent erhöht. Ab Besoldungsgruppe A13 gingen die BeamtInnen leer aus. Daraufhin legten mehr als 8.000 Betroffene Widerspruch gegen ihre Besoldung ein. Aufgrund einer zwischen dem DGB und dem Finanzressort geschlossenen Musterklagevereinbarung wurden nun die sieben KlägerInnen als MusterklägerInnen ausgewählt. Sollten diese Recht bekommen, kommen auf Bremen erhebliche Nachzahlungen – auch an alle anderen WiderspruchsführerInnen – zu.

## Hamburg

### Novelle des Hochschulgesetzes umstritten

Die GEW kritisiert die Entscheidung des Wissenschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, die Anregungen von Gewerkschaften und Hochschulen, die in Anhörungen des Ausschusses zum Gesetzentwurf des Senats für eine Reform des Hochschulgesetzes erläutert wurden, nicht aufzugreifen. Umstritten seien unter anderem eine ausbleibende Demokratisierung der Hochschulen, eine Verschärfung der Regelung zur Zwangsexmatrikulation, eine halbherzige Stärkung der dritten Ebene sowie die fehlende Möglichkeit zur Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen, so die GEW. Deren stellvertretender Vorsitzender Fredrik Dehnerdt mahnte: „Wir erwarten Nachbesserungen durch die Fraktionen im Rahmen der zweiten Lesung. Die SPD sollte den zahlreichen Vorschlägen Rechnung tragen und sie in den Entwurf einfließen lassen. Dies gilt auch für die vorgesehene Änderung, nach der der Kanzler nun Dienstvorgesetzter für das Technische und Verwaltungspersonal (TVP) werden soll, wodurch dieses zu ‚Personal zweiter Klasse‘ degradiert würde, da ihr Vorgesetzter sich außerhalb der Legitimationskette der Gremien der Mitbestimmung bewegt.“

## Hessen

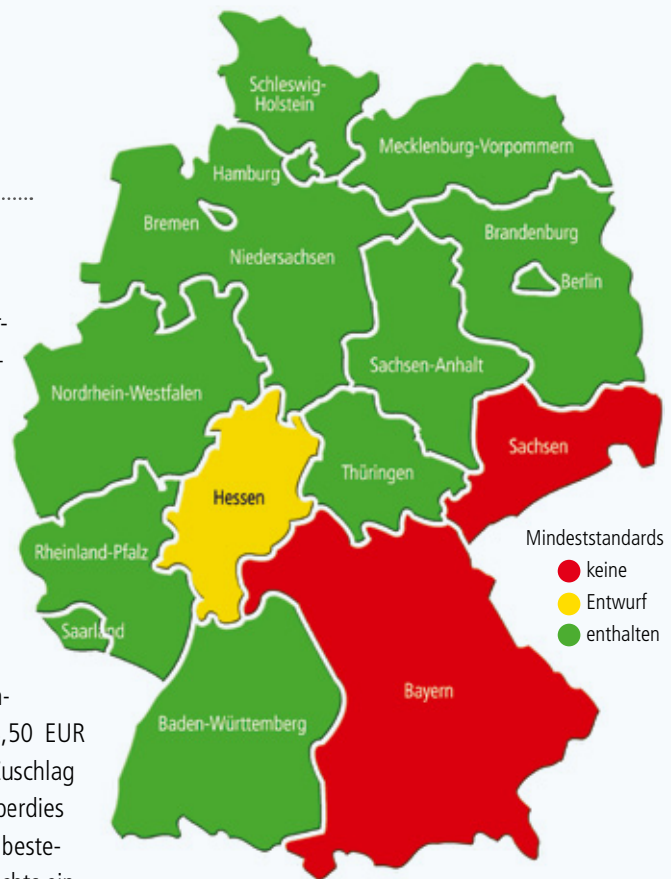
### Nahverkehr im Vergabegesetz

Die öffentliche Hand vergibt jährlich Aufträge in Milliardenhöhe – von der Schulsanierung bis zum Softwarekauf. Viele Bundesländer verlangen von Auftragnehmern dabei inzwischen arbeitnehmerbezogene Mindeststandards. Nun plant auch Hessen als vierzehntes der 16 Bundesländer solche Regelungen im Vergabegesetz. So soll die Zahlung eines Mindestlohns von 8,50 EUR zur Voraussetzung für einen Zuschlag gemacht werden. Der DGB hat überdies immer wieder die Nutzung der bestehenden Spielräume des Europarechts eingefordert. Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs kann die Auftragsvergabe von der Einhaltung von Tarifverträgen abhängig gemacht werden. Dies gilt auch für Unternehmen, die selbst nicht tarifgebunden ist. Zwar sieht der Entwurf der schwarz-grünen Regierungskoalition auch eine solche Regelung vor. „Der Wortlaut ist uns aber noch zu schwammig“, kritisierte ver.di Landesbezirksleiter Jürgen Bothner. Der Gesetzentwurf sieht als Maßstab Tarifverträge von „einschlägigen tariffähigen Gewerkschaften“ vor. Damit wird nach Ansicht von ver.di die Tür für Beliebigkeit geöffnet. „Nach unseren Erfahrungen ist dann schnell irgendeine tariffähige Organisation als angeblich repräsentativ benannt und sie gibt dann die Billiglöhne vor“, so Bothner.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Schulen: 700 neue Lehrkräfte gesucht

Fast 700 Stellen für LehrerInnen will das Land Mecklenburg-Vorpommern auch mit Hilfe einer überregionalen Werbekampagne besetzen. Darin sieht die Landesvorsitzende der GEW Annett Lindner einen großen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit. „Erstmals reagierte das Land damit auf unsere Forderungen, die wir bereits 2009 mit einer Studie des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm belegten, dass



Unterschiedliche Mindeststandards für gute Arbeit in Vergabegesetzen

es mindestens dieser Anzahl von neuen Kolleginnen und Kollegen bedarf, um den Unterricht dauerhaft und qualitätssichernd abzusichern.“

Die aktuelle Entwicklung wertet die GEW als bedeutenden Umbruch in der Schullandschaft des Bundeslandes. Die Verbeamtung für Lehrkräfte unter 40 Jahren und die Entscheidungen zur Inklusiven Schule seien weitere Elemente dieses Umbruchs. Die GEW betreibt dabei Prozessbegleitung und unterstützt die Personalräte in ihrer Arbeit. Dazu gehöre beispielsweise der Umgang mit Mehrfachbewerbungen. Lindner kritisiert aber auch die unzureichende Freistellungspraxis für Personalräte, die unter einem deutlichen Mehraufwand litten.

## Niedersachsen

### W-Besoldung im Landtag

Ende Mai hat die niedersächsische Landesregierung dem Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Professorenbesoldung zugestimmt und diesen in den Landtag eingebracht. Die Landesregierung will die Grundgehälter der Besoldungsgruppe W2 um 614,68 Euro und



der Besoldungsgruppe W3 um 111,58 Euro rückwirkend zum 1. Januar 2013 anheben. Das System der Leistungsbezüge bleibt bestehen, wobei bei BestandsprofessorInnen die Erhöhung der Grundgehälter auf bestimmte Leistungsbezüge teilweise angerechnet werden soll. Damit will die Landesregierung eine Überalimentierung derer, die bereits ausreichend Leistungsbezüge erhalten, verhindern. Mit dem Gesetzentwurf sollen die vom Bundesverfassungsgericht zur hessischen W2-Besoldung aufgezeigten Vorgaben, die aufgrund vergleichbarer Regelungen auch für die niedersächsische Professorenbesoldung beachtlich sind, umgesetzt werden (Urteil v. 14.2.2012 – Az. 2 BvL 4/10). Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens sprach sich der DGB gegen die Beibehaltung des Vergaberahmens und für eine Anhebung der W1-Besoldung aus. Die Landesregierung folgte diesen Forderungen nicht.

## Nordrhein-Westfalen

### GEW gegen Jahresarbeitszeitmodell

Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Installation eines Jahresarbeitszeitmodells für Lehrkräfte trifft bei der GEW Nordrhein-Westfalen nicht auf Zustimmung. Die derzeit im Landtag geführte Debatte über die Lehrerarbeitszeit gehe am eigentlichen Problem – der Länge der Arbeitszeit sowie der unbezahlten Mehrarbeit – vorbei. „Wer das Jahresarbeitszeitmodell oder die Pflichtstundenbandbreite für eine moderne und gerechte Bemessung der Arbeitszeit hält, ignoriert deren mangelnde Akzeptanz und verkennt die schulische Realität“, so die Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Die Anwendung der Pflichtstundenbandbreite sei für die mehr als 42.000 tarifbeschäftigten Lehrkräfte unzulässig und damit nicht praktikabel. Und auch das Jahresarbeitszeitmodell sei lediglich ein Rechenmodell, das keine effektive Entlastung bringe. Die GEW fordert statt dessen eine Absenkung der Pflichtstunden und eine Verdopplung der Anzahl so genannter Anrechnungstunden, die der Kompensation für die ständige Wahrnehmung besonderer Aufgaben sowie dem Ausgleich besonderer unterrichtlicher Belastungen dienen.

## Rheinland-Pfalz

### Öffentliche Beratungsleistungen aus einer Hand

Der DGB fordert für Rheinland-Pfalz die flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen. Die Agentur für Arbeit des Nachbarlandes Saarland hat hierzu bereits positive Erfahrungen gemacht. Dabei wird das bisherige Nebeneinander von JobCenter, Arbeitsagentur

» WIR DÜRFEN ANGESICHTS GUTER NACHRICHTEN VOM ARBEITSMARKT DIE PROBLEME IN DER AUSBILDUNG NICHT UNTERSCHÄTZEN«

und Jugendamt durch ein abgestimmtes Angebot ersetzt. Die Bündelung in einer Anlaufstelle verbessert nach Ansicht des DGB den Service für die BürgerInnen. „Wir dürfen angesichts guter Nachrichten vom Arbeitsmarkt die Probleme in der Ausbildung nicht unterschätzen“, warnte Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland. „Die kompetente Beratung und Unterstützung durch eine Anlaufstelle erleichtert den Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt“, so Muscheid.

## Saarland

### Von 100 auf 80

Die Saarländische Landesregierung will im öffentlichen Dienst noch stärker kürzen. Dies beschloss sie in ihrer Haushaltsklausur Anfang Juni. Waren im Koalitionsvertrag noch 100 Einstellungen in der Polizei festgeschrieben, sollen es nun bloß noch 80 werden. GdP-Landesvorsitzender Ralf Porzel verweist auf den Abschlussbericht der Projektgruppe „Polizei 2020“. „Da ist klar belegt, dass bei weniger als 100 Neueinstellungen im Jahr das neue Organisationsmodell nicht umsetzbar ist“, erklärt Porzel, „sonst müssten Standorte geschlossen werden.“

Der Koalitionsvertrag enthält bereits weitreichende Einschnitte. Die Lebensarbeitszeit der BeamtInnen soll erhöht werden. Das Personal



Foto: fotolia.de/Picture-Factory

der Polizei soll um 300 Beschäftigte verringert werden. „Vor diesem Hintergrund wurde oft betont, man müsse vertragstreu bleiben“, erinnert Porzel. Wenn jetzt ausgerechnet bei den Einstellungen der Vertrag gebrochen werde, bedeute dies einen massiven Verlust von Glaubwürdigkeit.

## Sachsen

### Fairgabe statt privatisierte Vergabestellen

Wie in Hessen treibt auch in Sachsen die Vergabe öffentlicher Aufträge die KollegInnen um. Hier geht es gar um die Privatisierung der Beschaffung der Dienstkleidung für die sächsische Polizei. „Diese Pläne sind ein Faustschlag ins Gesicht der mittelständischen Unternehmen Sachsens“, erklärt Hagen Husgen, Landesvorsitzender der GdP. Es sei bereits heute abzusehen, dass viele Aufträge dann an Unternehmen außerhalb Sachsens gingen. Arbeitsplatzverluste in der sächsischen Textilindustrie seien absehbar. Husgen warnt davor, Bangladesch zum Beschaffungsstandard für die Uniform der Polizei in Sachsen zu machen. Weder Einsparungen noch Qualitätsverbesserungen



rungen seien zu erwarten. Stattdessen liegen der GdP Sachsen Informationen vor, wonach in den nächsten drei Jahren für die privatisierte Beschaffung der Dienstkleidung mehrere Millionen Euro mehr ausgegeben werden sollen.

## Sachsen-Anhalt

### Umstrittene Polizeistrukturereform

Der Landesbezirk Sachsen-Anhalt der GdP warnt vor Fehlbewertungen („Mythen“) der beschlossenen Polizeistrukturereform und äußert deutliche Befürchtungen mit Blick auf die Auswirkungen: „Aussagen zu Personalstärken über das Jahr 2016 hinaus sind unseriös“, stellt die GdP unter anderem fest und kritisiert koalitionsinterne Rechenbeispiele und eine fehlende Aufgabenkritik. GdP-Landesvorsitzender Uwe Petermann ist sich sicher, dass die Polizei-Struktur nicht mit weniger als 6.000 Beamten funktioniere. Allerdings sinkt trotz Ausbildung und Neueinstellung die Zahl der Polizeibeamtinnen offen-

bar weiter: von 8.000 im Jahr 2008 über derzeit knapp 6.800 auf mutmaßlich ca. 5.600 im Jahr 2019. Derzeit werden jährlich rund 200 PolizeianwärterInnen ausgebildet und übernommen.

## Schleswig-Holstein

### Diskussion über Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes

Zum Ende dieses Jahres ist der Eingruppierungstarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) nach einer fünfjährigen Laufzeit erstmals kündbar. Ab 2015 soll die Chance genutzt werden, über dringend notwendige Verbesserungen im Tarifvertrag zu verhandeln, so die GEW. Der Landesverband Schleswig-Holstein startete aus diesem Grund im Mai mit einer Veranstaltung einen Diskussionsprozess, in dessen Mittelpunkt die Ziele und Strategien im Hinblick auf diese Verhandlungen stehen sollen. Gemeinsam mit den TeilnehmerInnen diskutierte Norbert Hocke vom GEW-Hauptvorstand verschiedene Aspekte:

<sup>1)</sup> Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach §10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro)  
<sup>2)</sup> Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe“ von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012

DGB Das RentenPlus:  
Spezialtarif mit  
**40% Rabatt**



# DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

## ► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente:

- Attraktive Ertragschancen bei 100 % Garantie  
Ihre Einzahlung und staatliche Zulagen sind zu Beginn der Auszahlphase garantiert.  
Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- Staatliche Förderung<sup>1)</sup>
- 200,- Euro einmaliger Bonus für Berufseinsteiger bis 25 Jahre

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21 /141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main (Telefon 069/5 89 98-60 60 oder [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)) erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds. Stand: 03.07.2013

## Jetzt informieren:

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



August 2012<sup>2)</sup>



Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# AUS DEN LÄNDERN

Welche Änderungen sind erforderlich, um der geforderten Qualifikation und den steigenden Anforderungen an eine hochwertige pädagogische Arbeit im sozialpädagogischen Bereich gerecht zu werden? Welche speziellen Eingruppierungsmerkmale brauchen neue Tätigkeiten und Qualifikationen? Wie werden die KindheitspädagogInnen bezahlt? Wie soll die Eingruppierung von Leitungen gerechter geregelt werden? Antworten auf diese Fragen sollen in den kommenden Monaten erarbeitet werden.



Gewerkschaftliches Engagement: Die Erfassungsbögen zur Lehrerarbeitszeit werden ausgewertet. Foto: GEW Thüringen

## Thüringen

### Zu viel Bürokratie, zu wenig Ausgleich

760 Lehrkräfte an den staatlichen Schulen des Freistaates haben im Februar dieses Jahres über vier Wochen ihre Arbeitszeit sowie die dabei erledigten Tätigkeiten erfasst und damit an einer von der GEW Thüringen initiierten Erhebung der Arbeitszeit teilgenommen. Das

Ergebnis, das nun von der GEW vorgestellt wurde, ist ernüchternd. „Die Lehrer und Lehrerinnen in Thüringen arbeiten an ihrer Leistungsgrenze, oft darüber hinaus. Wie selbstverständlich wird seitens des Bildungs- und Finanzministeriums vorausgesetzt, dass Lehrer all die zusätzlichen, nicht unmittelbar zum Unterricht notwendigen Aufgaben erledigen“, erklärt GEW-Landesvorsitzender Thorsten Wolf.

Die vorgesehene Wochenarbeitszeit der Lehrkräfte in Thüringen beträgt 40 Stunden. Tatsächlich liegt sie im Durchschnitt mit 43,4 Zeitstunden deutlich darüber.

Die Umfrageergebnisse finden Sie unter [gew-thueringen.de](http://gew-thueringen.de)  
▷ Zeit für gute Schule

Betrachtet man nur die Gemeinschaftsschulen liegt der Wert bei 48,1 Stunden. Aus der Erhebung geht zudem hervor, dass von dieser Arbeitszeit 26

Prozent für schulinterne oder schulbürokratische Aufgaben aufgebracht werden müssen. „Wir als GEW fordern, dass jeder Klassenlehrer zukünftig zwei Klassenlehrerstunden als echte Abminderungsstunden erhält sowie, wenn zusätzliche Aufgaben, wie das Schreiben von Förderplänen und Kompetenzerhebungen, übertragen werden, individuelle Abminderungen gewährt werden müssen“, so Wolf.

-Anzeige-



## AUSBILDUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Der Internetauftritt [www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de) steht im Mittelpunkt eines Projekts, das der Deutsche Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW) gemeinsam mit der HUK-COBURG ausrichtet. Die Website enthält u. a. Profile von Behörden und anderen Einrichtungen des öffentlichen Sektors mit allen wesentlichen Kontaktdaten. Mit einem Link gelangen die Besucher dann direkt zur behörden-eigenen Website.

Die Website bietet auch eine Stellenbörse für Auszubildende und Beamtenanwärter/innen, die von Behörden kostenfrei genutzt werden kann.



# Sanatorium DR. HOLLER



## Sanatorium Dr. Holler mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so“, nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet. Mehr Informationen finden Sie unter:

[www.sanatorium-holler.de](http://www.sanatorium-holler.de)



# Schöneberger Forum 2014

## Für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst

Am **25. und 26. November 2014** veranstaltet die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB das diesjährige Schöneberger Forum in Berlin. Im Mittelpunkt der Diskussionen und Vorträge soll die Frage stehen: Welche Voraussetzungen sind nötig, damit die im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit ihrer Arbeit gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen können? In insgesamt sechs Fachforen tauschen sich die Teilnehmenden über Personalplanung und -entwicklung, Aus- und Weiterbildung, Mitbestimmung sowie Ressourcenausstattung aus.

Die Tagung richtet sich an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, vor allem an Personal- und Betriebsräte, aber auch an Interessierte aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft.

Anmeldungen sind möglich unter [www.schöneberger-forum.de](http://www.schöneberger-forum.de)

Auch 2014 findet  
das Schöneberger Forum  
wieder im KOSMOS statt

### Programm 1. Tag 25.11.2014

- 12.00 Uhr **EINLASS**  
Begrüßung im Kosmos mit Mittagsimbiss
- 13.30 Uhr **EINFÜHRUNG**  
„Welche Erwartungen haben die Bürgerinnen und Bürger an den öffentlichen Dienst?“  
Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB sowie der Hans-Böckler-Stiftung
- 13.50 Uhr **PLENUM**  
Die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichern  
**VORTRAG** von Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern  
**VORTRAG** von Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)  
**DISKUSSION**
- 15.15 Uhr **KAFFEEPAUSE**
- 16.00 Uhr drei parallel stattfindende Fachforen  
**FORUM I**  
Modernisierung des öffentlichen Sektors durch eine aktive Mitbestimmung  
**FORUM II**  
Aus- und Weiterbildung: Angebote und Laufbahnrecht bedarfsorientiert gestalten  
**FORUM III**  
Kürzungspolitik und ihre Folgen für die Bürgerinnen und Bürger: Welche Strategien führen aus der Krise?
- 18.00 Uhr **BERLINER ABEND** mit Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises 2014
- 18.45 Uhr Eröffnung des Buffets

### Programm 2. Tag 26.11.2014

- 09.00 Uhr drei parallel stattfindende Fachforen  
**FORUM IV**  
Personalplanung und -entwicklung: Antworten auf demografische Herausforderungen  
**FORUM V**  
Instrumente zur Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes: Von der Digitalen Agenda über E-Government bis zur Behördenrufnummer 115  
**FORUM VI**  
Gute Praxis: Wie die Beschäftigten den öffentlichen Dienst mitgestalten können
- 11.00 Uhr **KAFFEEPAUSE**
- 11.30 Uhr **PLENUM**  
Szenario 2020 – Welchen Staat brauchen wir?  
Mit Elke Hannack, Marlis Tepe und VertreterInnen der Parteien
- 13.00 Uhr **MITTAGSIMBISS**

Stand: Mai 2014, Programmänderungen bleiben vorbehalten

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamtendarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE** INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte Fuchslochweg 1  
74933 Neidenstein

## UNSER ANGEBOT – IHR VORTEIL

–Anzeige–

### Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

### Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

### Chronische Haut- und Atemwegserkrankungen

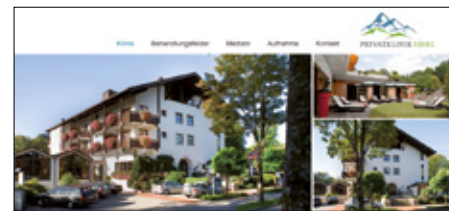
Ganzheitliches Therapiekonzept bei Atemwegserkrankungen und Allergien unter Einbeziehung des Ostseereizklimas.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

### Privatklinik Eberl in Bad Tölz

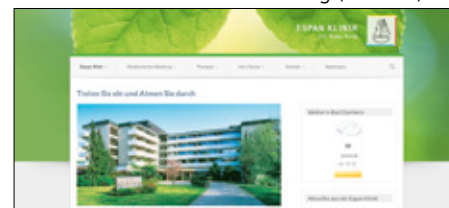
In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)

### Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atmungsorgane  
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



[www.espan-klinik.de](http://www.espan-klinik.de)

Interesse an dieser attraktiven Werbeform? Sprechen Sie uns an:  
0211 72134571 oder per Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de

# Sonderurlaub

## Anlässe für die Bewilligung



Foto: fotolia.de/mark

In der April-Ausgabe des Magazins standen an dieser Stelle die wichtigsten Fakten zum Anspruch auf Erholungsurlaub im Mittelpunkt. Neben der Erholung gibt es zahlreiche weitere Anlässe, aus denen Beschäftigten Urlaub zusteht oder zustehen kann. Je nach Ereignis wird der Urlaub unter Fortzahlung oder unter Wegfall der Besoldung bewilligt. Die Einzelheiten regelt die Verordnung über den Sonderurlaub für Bundesbeamtinnen, Bundesbeamte, Richterinnen und Richter des Bundes (Sonderurlaubsverordnung – SurIV). Das Magazin stellt einige Details der Verordnung vor.

Ein Urlaub unter Wegfall der Besoldung von längstens einem Monat lässt den Anspruch auf Beihilfe oder auf Heilfürsorge unberührt.

### Arztbesuch, Reha, krankes Kind – Urlaub aus persönlichen Anlässen

Eine festgelegte Anzahl von Urlaubstagen unter Fortzahlung der Besoldung gibt es pro Jahr unter anderem bei folgenden Ereignissen: Geburt eines Kindes (1 Tag), Todesfall in der Familie (2 Tage), Umzug aus dienstlichem Anlass (1 Tag), 25-, 40- und 50jähriges Dienstjubiläum (1 Tag), notwendige Betreuung eines kranken Kindes unter 12 Jahren (4 Tage). Unter der Voraussetzung, dass dringende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, muss Beamtinnen und Beamten für die Dauer der notwendigen Abwesenheit vom Dienst bei amts-, vertrauens- oder versorgungsärztlich angeordneter Untersuchung oder kurzfristiger Behandlung oder wegen einer sonstigen ärztlichen Behandlung der Beamtin oder des Beamten, die während der Arbeitszeit erfolgen muss, Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung gewährt werden. Entsprechend der Beihilfeverordnung wird für Rehabilitationsmaßnahmen Urlaub bewilligt.

### Urlaub für fachliche, staatspolitische, kirchliche und sportliche Zwecke

Unter Fortzahlung der Besoldung kann Urlaub für die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen sowie an beruflichen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, die von staatlichen oder kommunalen Stellen durchgeführt werden, gewährt werden, wenn die Teilnahme für die dienstliche Tätigkeit von Nutzen ist. Weiterer Anlass kann zum Beispiel die Teilnahme an Sitzungen eines überörtlichen Parteivorstandes sein, dem die Beamtin oder der Beamte angehört, oder die Teilnahme

an Bundes-, Landes- oder Bezirksparteitagen, wenn die Beamtin oder der Beamte als Mitglied eines Parteivorstandes oder als Delegierte oder Delegierter teilnimmt, sein. Aber auch für die aktive Teilnahme an Olympischen Spielen und anderen sportlichen Wettkämpfen kann Urlaub bewilligt werden.

### Urlaub für gewerkschaftliche Zwecke

Für die Teilnahme an Sitzungen eines überörtlichen Gewerkschafts- oder Berufsverbandsvorstandes, dem die Beamtin oder der Beamte angehört, und an Tagungen von Gewerkschaften oder Berufsverbänden auf internationaler, Bundes- oder Landesebene, wenn die Beamtin oder der Beamte als Mitglied eines Gewerkschafts- oder Berufsverbandsvorstandes oder als Delegierte oder Delegierter teilnimmt, soll Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung bis zu fünf Arbeitstagen im Urlaubsjahr gewährt werden.

### Weitere Anlässe

Für eine fremdsprachliche Aus- oder Fortbildung im Ausland kann die oberste Dienstbehörde Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung bis zur Dauer von drei Monaten bewilligen. Eine Beurlaubung für die hauptberufliche Tätigkeit in einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder in der Verwaltung oder in einer öffentlichen Einrichtung eines Mitgliedstaates der Europäischen Union erfolgt unter Wegfall der Besoldung. Bei anderen wichtigen Gründen kann Urlaub unter Wegfall der Besoldung gewährt werden.



## Arbeitsschutz

### „Was stresst?“ – Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung

Laut Arbeitsschutzgesetz muss der Arbeitgeber mittels Gefährdungsbeurteilungen die gesundheitlichen Gefahren, denen die Beschäftigten bei der Arbeit ausgesetzt sind, erheben und im besten Fall beseitigen. Dies gilt auch für psychische Belastungen, die durch stressende Arbeitsbedingungen entstehen. Häufig berichten Personal- und Betriebsräte, dass der Dienstherr bzw. Arbeitgeber, dieser Pflicht nicht ausreichend nachkommt. Die Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung der Unfallkasse des Bundes (UK-Bund)

bietet vor diesem Hintergrund wertvolle Unterstützung für das Anliegen, die psychische Gesundheit der Beschäftigten zu erhalten. Die Broschüre informiert über Wirkungen auf die Psyche und es wird das Instrument der Gefährdungsbeurteilung und seine Anwendung erklärt. Zur Verfügung steht außerdem ein Kurzfragebogen

„Prüfliste Psychische Belastung“ sowie eine elektronische Hilfe zur Auswertung der Prüfliste. So beschreibt die UK-Bund das Angebot: „Schritt für Schritt. Von der Planung, über die Datenerhebung bis zur Umsetzung von Maßnahmen: in der Broschüre erfahren Sie, wie Sie die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung rechtssicher durchführen. Wir stellen dort ein einfaches, aber zuverlässiges Vorgehen vor, das ohne externe Experten auskommt. Zentrales Instrument ist unsere Prüfliste Psychische Belastung, ein Kurzfragebogen, der sich seit Jahren in der Bundesverwaltung und darüber hinaus bewährt hat. Eine saubere Dokumentation der gesamten Gefährdungsbeurteilung mit der „Prüfliste“ können Sie mit unserem speziell entwickelten Dokumentationsbogen vornehmen.“

Die Broschüre kann auch kostenlos als gedrucktes Exemplar bestellt werden.



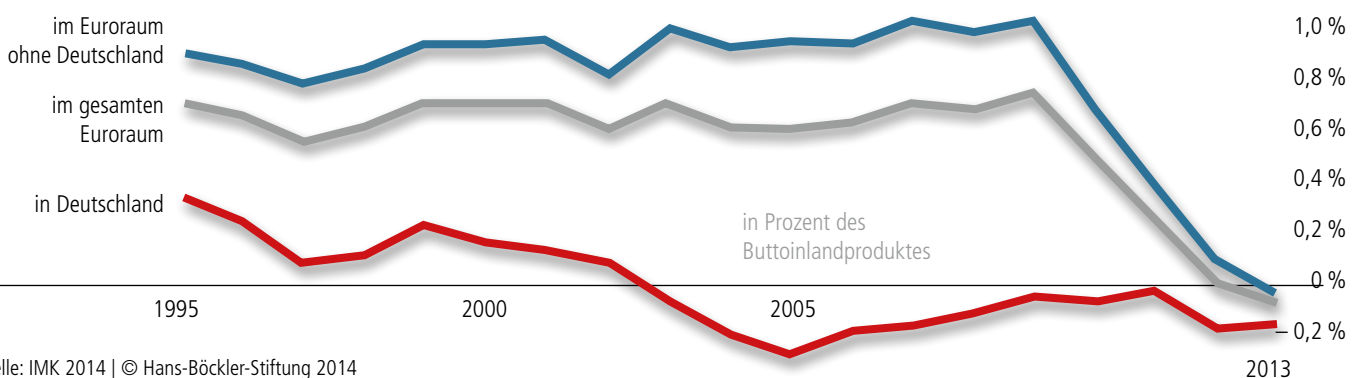
Illustration: istockphoto.de/alashi

Angebot unter **www.uk-bund.de**  
 ▷ Arbeits- und Gesundheitsschutz ▷ Gesundheit im Betrieb ▷ Analysen

## Zahlen, Daten, Fakten

### Nettoinvestitionen der Euro-Staaten im Minus

#### So entwickelten sich die staatlichen Nettoinvestitionen ...



Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Nach einer Auswertung europäischer Statistikdaten konstatiert das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung: 2013 lagen die öffentlichen Investitionen der Euro-Staaten erstmals niedriger als die Abschreibungen. Damit verhalte sich der Euroraum jetzt so wie Deutschland bereits seit 2003. Hierzulande reichen die für Infrastruktur bereitgestellten Mittel seitdem nicht mehr aus, um zumindest den Verschleiß an Straßen oder Gebäuden auszugleichen. Im Vergleich zu 2009 seien die Nettoinvestitionen im Euroraum insgesamt um 73 Milliarden Euro zurückgegangen.

Das IMK hat über 100 internationale Untersuchungen ausgewertet, die die Wirkung von öffentlichen Investitionen auf das Wachstum deutlich machen. So steige die Wirtschaftsleistung insgesamt um 1,30 Euro bis 1,80 Euro wenn der Staat einen Euro investiere. Der Effekt von Steuersenkungen sei dagegen deutlich geringer. Das Fazit des IMK: Die Politik beraubt sich des wirkungsvollsten Instruments, Europas Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Massenarbeitslosigkeit im Süden zu bekämpfen.

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer privaten Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**


**Die leistungsstarke Krankenversicherung zur Beihilfe, die Ihr gesundheitsbewusstes Verhalten belohnt.**

- ✓ Attraktive Rückerstattungen und Bonuszahlungen
- ✓ Günstige Ausbildungskonditionen für Beamtenanwärter
- ✓ Mit **gesundheitservice360°** für alle Gesundheitsfragen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0800 166 55 94.



Ein Unternehmen der AXA Gruppe 

## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil



### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
 per Telefon: 0211 7300335  
 per Telefax: 0211 7300275  
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Konto-Nummer \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



## Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge  
für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar 6 Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gern:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2014



Der Personalrat  HUK-COBURG



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig